



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 6. Oktober 2014

69. Jahrgang/Nr. 232

Foto: Frank Odenthal



Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Bewusster Rechtsbruch

Ines Wallrodt über den BND als Unterabteilung des NSA

Geheimdienste sind demokratiefeindliche Apparate. Das ist dem Gesetzgeber bewusst. Aber – so sein Versprechen – es gibt ja demokratisch legitimierte Kontrollen, die die Geheimdienste an die Gesetze rückbinden und quasi vormundschaftlich die Rechte der Bürger verteidigen. Alles Quatsch. Der BND (und sicher nicht nur dieser) hält sich nicht an Recht und Gesetz und entzieht sich der Kontrolle. Jahrelang übermittelte er unbesehen Daten deutscher Staatsbürger an den US-Geheimdienst NSA. Was die USA damit anfangen, interessierte ihn nicht: verschärfte Grenzverhöre, Einreiseverbote, Kidnapping wie im Fall von Khaled El Masri oder gleich Drohnenbeschuss? Der BND informierte darüber weder die für Grundrechtseingriffe ins Fernmeldegeheimnis zuständige G-10-Kommission des Bundestags noch das Parlamentarische Kontrollgremium. All das ist klar rechtswidrig. All das muss scharf kritisiert werden.

Aber das reicht nicht. Die gesamte parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste ist eine Chimäre. Und die Innenminister und Sicherheitspolitiker, die ihnen in den vergangenen Jahren mehr und mehr Macht gaben, wissen das. Die Rechte einzelner Bürger waren ihnen dabei herzlich egal. Deshalb bleiben trotz immer neuer Belege, dass sich geheim operierende Apparate nicht kontrollieren lassen, die Konsequenzen aus. Das Problem ist nicht nur ein ungebändigter Geheimdienst, das Problem sind auch politische Entscheider, die ungerührt Bürger ans Messer liefern.

UNTEN LINKS

Das Oktoberfest ist vorbei, und obwohl gründliche Analysen natürlich noch nicht vorliegen, kann man schon jetzt feststellen: Unter Feier- und Saufmüdigkeit leiden die Deutschen auf keinen Fall. Weit über sechs Millionen Besucher bevölkerten wieder die Wiesn und zahlten ohne zu murren den neuesten Wucherpreis. Rund zehn Euro kostete in diesem Jahr die Maß Bier, also ein Liter. Ein saftiger Preis, zumal man das Zeug nicht in Ruhe runterkippen konnte, sondern unter Einfluss von rudelweise Partyfundamentalisten und hinlähmender Stimmungsmusik. Dass die Massen dennoch zum Oktoberfest drängen, ist ein Phänomen. 2001 kostete die Maß, um die sich ja dort letztlich alles dreht, rund 6,50 Euro. Wenn dieser Preisanstieg sich fortsetzt, dann darf man in zehn Jahren etwa 15 Euro hinblättern. Und die Leute werden es begeistert tun. So funktioniert doch der Kapitalismus auf ideale Weise: Man wird beschissen und freut sich noch darüber. wh



Foto: photocase/luxus

Leselast? Leselust!

Mit dem Deutschen Buchpreis beginnt eine Woche der Literatur

Berlin. Zur Frankfurter Buchmesse werden die Bände eigentlich in Kisten transportiert. Spätestens am Dienstag ist das Gelände um die Messehallen mit Lastwagen vollgeparkt, und am Abend stapeln sich die leeren Kartons. Könnte aber auch sein, der Mann ist dabei, sein Bücherregal neu zu ordnen, weil es unter der Last der Folianten zusammenbrach. Eifrig Buchkäufer sind ja die Bedingung, dass die Branche funktioniert. Man muss sich das mal vorstellen: rund 93 600 Erst- und Neuauflagen im Jahr auf dem deutschen Markt, Selbstverlage nicht mitgerechnet. Nimmt man da nur eine Auflage von je 1000 Exemplaren, (»Der

Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand« von Jonas Jonasson erreichte auf Deutsch mehr als eine Million), was für ein Bücherberg ergibt sich da. Welche Herausforderung für Verlage und Buchhandel, diese besondere Ware, die ja zugleich Kulturgut ist, permanent unter die Leute zu bringen.

Ob es wirklich die sechs besten Romane sind, die mit der Shortlist zum Deutschen Buchpreis ins Licht gerückt werden – in der heutigen nd-Ausgabe kann man sich davon ein Bild machen. Die 24-seitige Literaturbeilage vom Dienstag sollte man sich aufheben. Über 250 Titel werden vorgestellt – Leseempfeh-

lungen eigentlich für mehr als ein Jahr. Am Mittwoch gibt es zwei Seiten zum Buchmessebeginn. Da sollen die Mühen von Verlagen, aber auch die prekäre Lage von Autoren beleuchtet werden. Aktuelle Messeberichte an den folgenden Tagen, am Donnerstag eine Seite zur Literatur des Ehrengastlandes Finnland, am Wochenende ein Gespräch mit drei ostdeutschen Verlegern und eine Seite über den Internet-Pionier und -Kritiker Jaron Lanier, der am Sonntag den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhält.

Am Sonntag endet die Buchmesse. Und danach? Lesen wir weiter. I.G. Seiten 16 und 17

BND lieferte Daten von Deutschen an NSA

LINKE und Grüne fordern Aufklärung über massenhafte Grundrechtsverstöße

Aus Geheimunterlagen soll hervorgehen, dass der BND der NSA jahrelang Daten deutscher Bürger zuleitete. Die Opposition im Bundestag ist empört.

Berlin. Die Linkspartei fordert Aufklärung über die mutmaßliche Datenweitergabe vom Bundesnachrichtendienst (BND) an den US-Geheimdienst NSA. LINKE-Chef Bernd Riexinger sagte, es erhöhe sich der Verdacht, dass der BND »die deutsche Schnüffelfiliale der NSA ist«. Träfen die Vorwürfe zu, handele es sich um »massenhafte vorsätzliche Grundrechtsverstöße«, so der Linkspolitiker.

Laut Recherchen von NDR, WDR und »Süddeutscher Zeitung« hat der BND jahrelang Kommunikationsdaten deutscher Staatsbürger an die USA weitergegeben. Die Rohdaten wurden demnach von 2004 bis 2008 abgeschöpft und an die NSA übermittelt. Das gehe aus Unterlagen hervor, welche die Große Koalition dem NSA-

Untersuchungsausschuss des Bundestages vorgelegt habe. Der Ausschuss versucht seit Monaten, Licht in die Zusammenarbeit deutscher und amerikanischer Nachrichtendienste zu bringen.

Die Grünen-Abgeordneten Konstantin von Notz und Hans-Christian Ströbele erklärten, es wäre ein »handfester Skandal«, wenn tatsächlich jahrelang Daten an die NSA weitergegeben wurden. Die von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) verfolgte Argumentation, auf deutschem Boden gelte deutsches Recht, wäre damit falsch, betonten die Politiker. Das Kanzleramt hatte im Juli auf eine Anfrage von Ströbele verneint, dass der BND von 2004 bis 2007 Daten abgeschöpft und an die NSA weitergeleitet habe. Der Rechercheverbund hatte bereits damals über den Austausch zwischen den beiden Diensten berichtet. Die nun aufgetauchten Unterlagen sollen belegen, dass trotz eines vom BND verwendeten Filterprogramms

mindestens fünf Prozent der deutschen Kommunikationsdaten nicht aussortiert werden konnten. Eine »absolute und fehlerfreie« Trennung zwischen deutscher und ausländischer Kommunikation sei nicht möglich gewesen, hieß es.

Das Kanzleramt hatte im Juli noch verneint, dass der BND Daten abgeschöpft und an die NSA weitergeleitet habe.

Die Dokumente deuteten auch darauf hin, »dass vermutlich weder die in Deutschland für Zugriffe auf Kommunikation zuständige G-10-Kommission noch das Parlamentarische Kontrollgremium von der Weitergabe der Daten an die NSA gewusst haben«. Die Ope-

ration genehmigte dem Bericht zufolge der damalige Kanzleramtsminister von Rot-Grün und heutige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Am Internetknoten De-Cix in Frankfurt am Main, dem größten Datenaustauschpunkt der Welt, kommen die Datenströme der Internetanbieter und Unternehmen zusammen und werden auf dem Weg zu ihren jeweiligen Zieladressen weitergeleitet. Ausländische Geheimdienste haben nach Angaben der Betreiber keinen Zugriff. Der BND darf die Daten jedoch überwachen.

Der BND wollte sich auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa zu dem Bericht nicht äußern: Aus grundsätzlichen Erwägungen, aber auch aus Respekt vor der parlamentarischen Aufarbeitung der sogenannten NSA-Affäre berichte man ausschließlich der Regierung und den zuständigen Gremien des Bundestages, sagte ein BND-Sprecher. Agenturen/nd

Bundeswehr vor Ukraine-Einsatz

Opposition will Parlamentsmandat für OSZE-Überwachungsdrohnen

Berlin. Die Bundeswehr wird sich am Krieg in der Ukraine beteiligen. Laut Verteidigungsministerium plant die Truppe den Einsatz nicht bewaffneter Drohnen im umkämpften Osten des Landes. Die Vorbereitungen seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Über mögliche Truppenstärken und Mandatierungsfragen könnten keine Angaben gemacht werden, solange sich die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nicht zu der Mission geäußert habe, hieß es.

Die »Bild«-Zeitung berichtete am Wochenende, Fallschirmjäger bereiteten sich auf eine mögliche Mission im ukrainisch-russischen Grenzgebiet vor. 150 Soldaten sollen das Gebiet mit unbemannten Flugkörpern beaufsichtigen, 50 weitere seien für den Schutz von OSZE-Vertretern vorgesehen. Die prowestliche Regierung in Kiew und die Separatisten hatten einen Waffenstillstand vereinbart und sich zur Einrichtung einer 30 Kilometer breiten Pufferzone verpflichtet, die von der OSZE überwacht werden soll.

»Unser gemeinsames Ziel ist, dass sich die Lage in der Ostukraine stabilisiert und in einen Friedensprozess mündet«, erklärte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU). Das Auswärtige Amt äußerte sich zurückhaltend. »Es handelt sich derzeit nur um Sondierungsgespräche«, so ein Sprecher.

Die Opposition im Bundestag forderte indes ein Parlamentsmandat für die Mission. Die grüne Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger sagte, das Votum gäbe dem Einsatz eine größere Legitimität. Grundsätzlich sei eine Beteiligung an der Überwachung des Waffenstillstands sinnvoll. LINKE-Fraktionsvize Wolfgang Gehrcke forderte ebenfalls ein Parlamentsmandat, bekräftigte zugleich aber die Ablehnung eines militärischen Engagements der Bundeswehr. Agenturen/nd

Ultimatum in Hongkong wirkt

Abbau von Blockaden begonnen / 165 Verletzte durch Protestgegner

Hongkong. Kurz vor Ablauf eines Ultimatums der Regierung haben die Demonstranten in Hongkong eingelenkt. Die Studentenvereinigung kündigte am Sonntag an, wie gefordert die Blockaden von Regierungsstellen bis Montagfrüh aufzuheben. So sollen 3000 Beamte wieder zur Arbeit gehen können.

Die seit mehr als einer Woche andauernden Demonstrationen für mehr Demokratie in Chinas Sonderverwaltungsregion waren am Wochenende begleitet von Gewalt der Protestgegner gegen friedliche Aktivisten: 165 Menschen wurden verletzt. An einer Massendemonstration gegen Gewalt und für freie Wahlen in Hongkong nahmen am Samstagabend mehrere Zehntausend Menschen teil.

Regierung wie Studenten bekräftigten ihre Gesprächsbereitschaft: »Die Tür für Dialog ist immer offen«, so Verwaltungsvertreter. Mit der Ankündigung, zumindest die Blockade wichtiger Zugänge zu Regierungsgebäuden aufzuheben, versuchten die Demonstranten, Spannungen abzubauen. Sie hoben auch Straßensperren auf, damit Kinder in wieder zur Schule gehen können.

Eindringlich hatte zuvor Regierungschef Leung Chun-ying die sieben Millionen Hongkonger gewarnt, die Lage könne »sehr leicht außer Kontrolle geraten«. Regierung und Polizeikräfte seien entschlossen, »alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die soziale Ordnung wiederherzustellen«.

Die Studenten zeigten sich grundsätzlich dialogbereit. Ihr Sprecher Alex Chow sagte aber, die Studentenvereinigung komme erst an den Verhandlungstisch, wenn die Regierung die Sicherheit aller Demonstranten garantiere und die Angriffe vom Wochenende untersuche. Tausende setzten die Proteste für mehr Demokratie in der Wirtschafts- und Finanzmetropole fort. dpa/nd

